

II-1138 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 622/J

1984-03-20

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr.Höchtl
und Kollegen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend österreichisches Abstimmungsverhalten bei den
Vereinten Nationen

Einer Analyse des Abstimmungsverhaltens bei der 38. UNO-
Generalversammlung im vergangenen Jahr zufolge, bildet
Österreich unter den westeuropäischen Staaten beinahe
das Schlußlicht, was die Übereinstimmung mit der amerikanischen
Sicht internationaler Probleme bei den Vereinten Nationen
betrifft. Diese Analyse beweist, daß der latente Anti-
amerikanismus, der in der SPÖ vorhanden ist, sich auch in
der österreichischen Außenpolitik bemerkbar macht und die
Unterstützung der Kandidatur Kubas für einen Sitz im Sicherheitsrat durch
Österreich nicht ein einmaliger "Ausrutscher" der öster-
reichischen Außenpolitik war.

Die oben angeführte Analyse des Abstimmungsverhaltens zeigt,
daß Österreich unter 19 westeuropäischen Ländern nur auf
Platz 17 steht und nur Griechenland und Malta sich durch ihr
Abstimmungsverhalten noch mehr von der US-Politik distanzieren
haben. Die Punktereihung der westeuropäischen Länder in
bezug auf das Abstimmungsverhalten bei der 38. UNO-Genera-
lversammlung ergibt folgendes Bild:

1. Großbritannien	84,2
2. Bundesrepublik Deutschland	82,0
3. Belgien	73,7
4. Luxemburg	73,7
5. Italien	71,3
6. Frankreich	67,6
7. Niederlande	66,3
8. Norwegen	60,4
9. Portugal	57,0

-2-

10. Island	56,7
11. Dänemark	51,5
12. Irland	44,4
13. Schweden	42,9
14. Spanien	41,6
15. Türkei	40,5
16. Finnland	38,8
17. Ö s t e r r e i c h	36,7
18. Griechenland	28,8
19. Malta	21,6

-.-.-.-.-

Angesichts dieses Bildes, das beweist, daß noch immer anti-amerikanische Tendenzen in der sozialistischen Außenpolitik Österreichs feststellbar sind, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten folgende

A n f r a g e :

Was waren die Ursachen für das oben dargestellte Abstimmungsverhalten Österreichs bei der 38.UNO-Generalversammlung im vergangenen Jahr?